

#NoKings: Nein zu Königen, nein zu Kriegen – die Protestwelle gegen Trump

4 Apr. 2026 10:01 Uhr

Der "No Kings"-Protest war nicht nur gegen eine einzelne Person gerichtet, sondern ist Ausdruck einer tieferen Unzufriedenheit mit dem Kurs der US-Macht. Ob diese Protestwelle einen Wendepunkt markieren wird, ist ungewiss.



© Urheberrechtlich geschützt

Menschen nehmen am 28. März 2026 an einem "No Kings"-Protest in Washington teil.

Von Vijay Prashad

Trump ist leicht zu hassen. Er hat einen derben Stil und eine Haltung gegenüber der Welt, die mit einem einzigen Schlag die Feinheiten der Diplomatie und des Völkerrechts über Bord wirft. "So oder so, [wir werden Grönland bekommen](#)", sagte er Mitte Januar 2026; "Ich glaube wirklich, dass ich die Ehre haben werde, Kuba zu übernehmen", sagte er im März.

Derartige Unflätigkeiten hat man in der Öffentlichkeit schon lange nicht mehr gesehen, vielleicht noch vor 1945, denn in der Zeit danach haben sich solche imperialen Gelüste hinter Worten wie "Demokratie" und "Menschenrechte" versteckt.

Die bloße Gier nach einem Gebiet wegen seiner Ressourcen ist etwas, das man nicht tut, es ist ein zu großer Rückschritt in die Ära der Kolonialherrschaft – eine Rückkehr zur Sprache von Leopold II. von Belgien (der sagte, der Kongo sei ein "wunderbarer afrikanischer Kuchen") und des Briten Cecil Rhodes (der sagte: "Ich halte uns für die edelste Rasse der Welt, und je mehr von der Welt wir bewohnen, desto besser wird es für die Menschheit sein").

Trump ist eine weniger elegante Version von Leopold und Rhodes, sicherlich mit weniger Sprachgewandtheit und weniger Bezugsrahmen. Wie leicht ist es doch, sich über Trump lustig zu machen!

In den USA nimmt die Ablehnung gegenüber Trump zu (nur ein Drittel der Bevölkerung stimmt seiner zweiten Amtszeit zu, elf Prozentpunkte weniger als im vergangenen April).

Die von der University of Massachusetts durchgeführte Umfrage fand heraus, dass die Gründe für die Ablehnung vielfältig sind: Inflation, Einbrüche an den Börsen, Haushaltssperren und natürlich der Krieg gegen Iran. Aber man muss nicht nur Umfragen betrachten, um die Realität der Ablehnung Trumps zu verstehen. Sie ist auf den Straßen zu sehen.

Am 29. März schlossen sich neun Millionen Menschen im Rahmen der "No Kings"-Demonstration mehr als 3.500 Einzelprotesten in jedem Bundesstaat der USA an. Das war die dritte Demonstration dieser Art. Die erste fand am 14. Juni 2025 statt und zog fünf Millionen Menschen an, die zweite am 18. Oktober 2025, an der zwischen sechs und sieben Millionen Menschen teilnahmen. Die Teilnehmerzahlen bei diesen regelmäßigen Protesten steigen, und auch die demografischen Gruppen, die sich daran beteiligen, erweitern sich und umfassen mittlerweile auch ehemalige Trump-Anhänger.

Diese bunten und lebhaften Proteste waren keine vereinzelt Ausbrüche der Empörung, sondern sind die sichtbare Spitze einer tieferen Strömung der Ablehnung gegenüber einer langen Tradition des US-Militarismus, der durch Trumps Rhetorik und Handlungen jetzt noch verschärft wird.

Trump versprach keine weiteren Kriege im Ausland und erklärte, das dafür verschwendete Geld solle für die Bewältigung der konkreten Probleme der US-amerikanischen Arbeiterklasse verwendet werden. Wie alle anderen US-Präsidenten vor ihm hat Trump dieses Versprechen gebrochen und die USA in verschiedene Formen von Kriegen auf allen Kontinenten verwickelt.

Die Inflation, eine natürliche Folge des Krieges, besonders eines Krieges, der vorhersehbar zur Sperrung der Straße von Hormus führte, bedroht die USA, vielleicht nicht so sehr wie andere Länder, doch der Druck wird dennoch immer größer.

Eine Bevölkerung, die steigende Preise und die Gefahr sieht, dass US-Truppen für einen Zermürbungskrieg auf iranischem Boden benötigt werden könnten, verliert das Interesse an der Prahlerei ihrer Führer. Genauigkeit wird wichtiger als Großspurigkeit.

Gebt mir Freiheit

Die Idee von "[No Kings](#)" spiegelt die Ablehnung der Monarchie wider, die das Vokabular für die Amerikanische Revolution von 1776 lieferte. Darauf greifen diese Protestierenden zurück und lassen sich für ihre eigene Protestbewegung von den Revolutionären gegen König Georg III. inspirieren.

Es gibt keine Musketen in der Menge, nur Plakate, die die Vielfalt der Meinungen widerspiegeln. Einige erinnern an die verpasste Chance einer Präsidentin Kamala Harris (wäre sie Präsidentin, so heißt es, müssten wir nicht protestieren, sondern wären beim Brunch – ein Hinweis auf den bürgerlichen Charakter eines Teils der Verachtung gegenüber Trump). Andere sind härter, kriegsfeindlicher, wenn nicht gar antiimperialistisch.

Zwischen denen, die zum Brunch gehen wollen, und denen, die die illegalen Kriege der USA verurteilen, liegt ein Spektrum von Positionen, die durch die Empörung über die Razzien der ICE, die wie eine

Invasion im eigenen Land wirken, und über den Krieg gegen Iran, der eine epische Fehleinschätzung seitens Trump und seiner Verbündeten war, vereint sind.

Wenn die Menge "No Kings" [Nein zu Königen] ruft, will sie damit sicher "Nein zu Trump" sagen, aber vielleicht sagt sie auch "Nein zur imperialen Präsidentschaft" und "Ja zu mehr demokratischer Kontrolle": Dies könnte mehr Befugnisse des Kongresses in der Einwanderungspolitik und bei der Kriegsführung bedeuten, oder es könnte auch bedeuten, dass das Volk der USA ein stärkeres Gefühl demokratischer Gemeinschaft wünscht und nicht die demoralisierende Impotenz des Imperialismus.

Die palästinensischen Flaggen und die Plakate gegen die ICE-Razzien spiegelten das Spannungsfeld zwischen Internationalem und Nationalem wider, doch gerade hier ist dieser Unterschied nicht so leicht aufrechtzuerhalten: Die ICE-Razzien richteten sich gegen diejenigen, die wie Migranten ausgesehen haben, Menschen mit brauner Hautfarbe, die dem Zorn von Trumps Überwachungspolitik ausgesetzt waren, während der Völkermord an den Palästinensern mit Steuergeldern aller in der Menge finanziert wurde – eine Komplizenschaft, die schwer zu ignorieren ist.

"Nicht in meinem Namen" war vor einer Generation die Parole, doch heute ist das ein zu vereinfachender Slogan: Denn die uneingeschränkte Verantwortung aller US-Steuerzahler für den Völkermord und die endlosen Kriege macht eine verbale Missbilligung unzureichend.

Es ist etwas mehr erforderlich als diese Proteste und der Wunsch, eine neue Machtbasis aufzubauen, um Trump zu entmachten – für den Anfang, und vielleicht auch das System, wenn es möglich erscheint.

Noch vor einem Jahrzehnt wären diese Proteste von den Medien nur unzureichend abgedeckt worden, und die Bilder davon wären der Öffentlichkeit nicht zugänglich gewesen. Doch heute ist die Medienlandschaft so fragmentiert und beschleunigt, dass sich die Information rasch über die sozialen Netzwerke verbreitet, mit Fotos (darunter beeindruckende Luftaufnahmen von Drohnen), die zeigen, was gerade geschehen war.

Diese Plattformen verstärkten die Proteste, indem sie es ermöglichten, dass die Bilder selbst Teil des Protests wurden und Hashtags neue Formen der Dissidenz hervorbrachten und organisierten.

Die Razzien der ICE, der Völkermord an den Palästinensern, der Krieg in Iran: All dies bildete das Motiv für die Dissidenz. Doch die Redner bei den Protesten richteten ihren Blick nicht nur auf die Gegenwart, sondern zogen eine Linie von der unmittelbaren Gegenwart Trumps zu seinen Vorgängern, zu den illegalen Kriegen der USA im Irak und in Syrien und bis zu der schrecklichen Zerstörung, die den Völkern Afghanistans und Libyens widerfahren ist.

Trump's Kriege lassen sich nicht isoliert betrachten, da sie in Strukturen und Ideologien verwurzelt sind, die ihm seit Jahrzehnten vorausgehen.

Trump ist ein Paradoxon: Einerseits haben seine Offenheit und Unberechenbarkeit Ängste geschürt und in einigen Fällen gefährliche Politik beschleunigt, andererseits hat sein Stil aber auch bestimmte Schichten rhetorischer Rechtfertigung abgetragen und die Ausübung von Macht sichtbar und unverblümt gemacht. Wo die früheren US-Regierungen Interventionen oft mit humanitären Argumenten oder der Förderung der Demokratie verschleierte, neigt Trump eher dazu, in Begriffen von Macht, Herrschaft und Aneignung von Ressourcen zu sprechen.

Dieser Wandel, auch wenn er alarmierend ist, trägt zu einem klareren Verständnis dessen bei, worum es schon immer ging: ein imperialistischer Versuch der USA, die Welt um jeden Preis zu beherrschen.

Willkommen zur Feier

Wenige Stunden nach den Protesten twitterte der iranische Parlamentspräsident Mohammad Bagher Galibaf:

"Willkommen zur Feier, die wir vor 47 Jahren begonnen haben: Nein zu Königen. Dies ist das iranische Volk, und wir stimmen dieser Botschaft zu. #NoKings."

Dem Tweet fügte Galibaf vier Fotos bei, zwei von den Protesten an diesem Tag in verschiedenen US-Städten und zwei von der iranischen Revolution von 1979. Der Tweet, eine Mischung aus Ironie und Einladung, barg eine starke historische Bedeutung. Er erinnerte das Volk der USA daran, dass die Revolution von 1979 in Iran tatsächlich gegen einen König gerichtet war, den Schah von Persien. Jahrzehntlang lebte das iranische Volk unter dem Joch eines brutalen Monarchen, dessen Herrschaft den Widerstand gegen ihn formte. Die Iraner stürzten ihn, und im darauffolgenden Klassenkampf entstand die Islamische Republik.

Galibaf heißt die US-Demonstranten zu einer neuen Art republikanischer Revolte willkommen, um die Willkürherrschaft der Wahlen zu stürzen, die von Milliardären (der sogenannten "Epstein-Klasse") gekauft und bezahlt wird, und um eine richtige Demokratie zu gründen, die Gewalt außerhalb ihrer Grenzen verhindert und die Fähigkeiten der Menschen im eigenen Land entwickelt.

Der Krieg der USA gegen Iran kostet mindestens zwölf Milliarden US-Dollar pro Tag, was genau den Kosten für die Finanzierung des steuerlichen Kinderfreibetrags entspricht, einem wichtigen Instrument zur Bekämpfung der Kinderarmut: Ein Tag dieses Krieges würde die Kinderarmut in den USA weitgehend beseitigen. Willkommen zur Feier.

Die Feier ist ein Rahmen, um die Ressourcen eines Landes für das Leben und nicht für den Tod auszugeben. Militarismus ist eine bewusste Entscheidung, die innenpolitische Prioritäten verdrängt und bestimmt, welche Ressourcen für soziale Programme im eigenen Land zur Verfügung stehen. In diesem Licht betrachtet können die Proteste von "No Kings" (und Galibafs Tweet) als Teil einer umfassenderen Neubewertung politischer Prioritäten gesehen werden.

Die Forderung ist nicht nur, bestimmte Kriege zu beenden, sondern die Logik infrage zu stellen, die Krieg als unvermeidlich oder notwendig erscheinen lässt. Dies impliziert, tief verwurzelte Annahmen über Sicherheit, Bedrohung und nationales Interesse zu hinterfragen – Annahmen, die über Jahrzehnte hinweg kultiviert und durch politische Diskurse, mediale Narrative und institutionelle Praktiken bekräftigt wurden.

Das Epizentrum dieser Proteste liegt in den USA, auch wenn es kleinere Demonstrationen in anderen Ländern gab und eine große in Großbritannien gegen die Ultrarechte und den Krieg. Doch die Proteste in den USA sind das Hauptereignis, weil Trump der Dirigent des Terrororchesters des Globalen Nordens ist.

Der "No Kings"-Protest war nicht nur gegen eine einzelne Person gerichtet, sondern ist Ausdruck einer tieferen Unzufriedenheit mit dem Kurs der US-Macht. Ob diese Protestwelle einen Wendepunkt markieren wird, ist ungewiss.

Die Geschichte bietet Beispiele sowohl für transformative Bewegungen als auch für verpasste Möglichkeiten. Klar ist, dass die Stimmen, die sich am 29. März erhoben haben, Teil einer laufenden Debatte über Macht, Verantwortung und die Möglichkeiten kollektiver Aktion sind.

Mit der Aussage "No Kings" lehnen die Demonstranten nicht nur eine bestimmte Art der Führung ab; sie bekräftigen eine Vision von Politik, die nicht auf der nackten Gewalt des Imperialismus beruht.

Aus dem [Spanischen](#) übersetzt von Olga Espín